

Inserate werden angenommen in Bosen bei der Expedition der Zeitung Wilhelmstr. 17, Carl. Ad. Schick, Hoflieferant, Gr. Seiber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Jannann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortliche Redakteure: F. Nachfeld für den politischen Theil, A. Beer für den übrigen redaktionellen Theil, in Bosen.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Bosen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Kuh. Hoffe, Saatenstein & Vogler, G. L. Dautz & Co., Javalidenstr.

Verantwortlich für den Inseratentheil: F. Klugkist in Bosen.

Nr. 50

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Bosen, 5,45 M. für ganz Preussland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Freitag, 20. Januar.

Inserate, die sechsgehaltene Zeitspalt über deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

893

Deutscher Reichstag.

25. Sitzung vom 19. Januar, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.) Der Präsident macht Mitteilung von dem Ableben des Abg. Goejer. Zu Ehren seines Andenkens erheben sich die Mitglieder von den Sitzen.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der **Börsen-Neuerrövelle**.

Schäftsleiter **Hr. v. Malchahn**: Der finanzielle Gesichtspunkt ist bei der gegenwärtigen Vorlage noch mehr als bei der Steuervorlage der maßgebende gewesen. Es schien der Regierung billig, in einem Zeitpunkte, wo in Folge notwendiger Mehreinnahmen die unbemittelten Klassen durch die Erhöhung der Brau- und Branntweinsteuer herangezogen werden, die wohlhabenderen und leistungsfähigeren Theile der Bevölkerung durch Erhöhung der Börsensteuer ebenfalls zu belasten. Man behauptete in der Presse, daß der gegenwärtige Augenblick, wo die Börsenkommission tagt und sich u. a. auch damit beschäftigt, ob die Auswüchse der Börse durch Erhöhung der Börsensteuer beschnitten werden können, zur Einbringung dieser Vorlage ungeeignet sei. Diese Vorlage hat jedoch mit der Börsenquotekommission beschäftigten Fragen nichts zu thun, sie greift ihrer Verantwortung nicht vor und hat nur finanziellen Inhalt. Ein weiterer Vorwurf war der, daß wir uns in einer Zeit der Depression des Börsenverkehrs befinden. Wir werden aber diese Zeit überwinden, und in 1/2 Jahren, nach welcher Zeit das Gesetz erst in Kraft treten soll, werden auch wohl bessere Verhältnisse herrschen. Ferner bewirkt man die Berechnung, wonach aus der Verdoppelung der Steuer eine Verdoppelung der Einnahmen angenommen wird, unter Hinweis auf die fortgesetzt zurückgehenden Einnahmen der Börsensteuern. Dieser Rückgang hat aber nicht seinen Grund in der Steuer, sondern in der allgemeinen wirtschaftlichen Depression. Mit der Beseitigung dieser werden auch die Einnahmen aus der Börsensteuer sich erheben. Auch der Vorwurf, daß man nur das unsolvide Geschäft damit stärke, ist nicht begründet. Man hat bisher keine Maßregel gefunden, um das unsolvide Geschäft zu verbannen, und es läßt sich nichts dagegen thun. Wir bestreiten, daß der Verkehr die neue Last nicht tragen kann. Nun glaubt man, daß dadurch das deutsche Börsengeschäft ruiniert und das Ausland den Vorteil haben werde. Aber in Frankreich wird jetzt die Steuer ebenfalls erhöht; es bleibt also dasselbe Verhältnis bestehen. Daß einige kleinere Geschäfte geschädigt werden, müssen wir zugeben, aber das geschieht nicht in dem Umfange, daß dadurch die Erhöhung für unberechtigt gehalten werden könnte.

Abg. **Siemens**: Auch wir halten eine Besteuerung der höheren Klassen für angemessen, wir bestreiten aber, daß die vorgeschlagene Steuer nur von den wohlhabenden Klassen getragen wird. Der Standpunkt der Regierung hat sich in zehn Jahren sehr verschoben. Früher hat die Regierung den Standpunkt eingenommen, daß keine Steuer eingeführt wird, durch die die Industrie geschädigt wird. Die Regierung stützt sich auf eine starke Strömung im Lande und eripart sich daher, ihre Vorschläge eingehend zu begründen. Wir befinden uns in dem revolutionärsten Jahrhundert seit zweitausend Jahren. Die Produktionsverhältnisse sind vollständig umgestürzt durch die Ausbeutung der Naturkräfte. Wenn wir heute in Deutschland 250 000 Spinner arbeiten haben, so machen sie ein Produkt, von dessen Erzeugung vor 120 Jahren noch 250 Millionen Arbeitskräfte notwendig waren. Ungefähr 2 Millionen Pferdekräfte sind heute sicher im maschinellen Betriebe thätig. Wenn nun diese Ercheinung dazu geführt hat, daß die Landbevölkerung in die Stadt zieht, so ist es verständlich, daß die konservative Partei, die auf dem Grundbesitz und Kriegsdienst aufgebaut ist, in eine Antipathie dazu gerathen wird. Es ist auch verständlich, daß die Sozialdemokraten dagegen sind. Die soziale Umwälzung, die wir heute haben, ist herbeigeführt worden durch das mobile Kapital. Die Macht des mobilen Kapitals als erheblichsten Faktors der Industrie ist die Ursache der Freiheit des Arbeiters. Die Macht des mobilen Kapitals tritt uns an der Börse entgegen, aber die Gegner der letzteren verwechseln in ihrem Haß Ursache und Wirkung. Die Börse ist der Ausgleichspunkt für Angebot und Nachfrage mobilen Kapitals, das in der Industrie angelegt ist. Die Spekulation an der Börse schadet nicht der Industrie und dem Ackerbau, sondern nützt ihnen nur und bildet einen Ausgleichspunkt für Produktion und Konsumtion. In erster Reihe bekämpfe ich die Ansicht, daß die Verdoppelung der Steuer eine Verdoppelung des Steuerertrages zur Folge haben würde. Es ist eher eine Verringerung der Einnahmen zu befürchten, und die Entwicklung in eigenen Lande könnte dadurch hintangehalten werden. Vor acht Jahren habe ich prophezeit, daß die finanziellen und moralischen Hoffnungen, die sich an die Börsensteuer knüpften, nicht erfüllt werden würden, und meine Warnungen haben sich bestätigt. Warum faßt man denn das mobile Kapital? Dasselbe hat doch immer die Tendenz, sich zu immobilisieren, und das mobile Kapital macht immer nur 10 bis 15 Prozent des immobilien aus, jede Erschwerung des Verkehrs des mobilen Kapitals äußert ihre Einwirkung auch auf die übrigen Staatseinnahmen. Ich stehe dieser Vorlage ebenso objektiv gegenüber wie ein Steuerbeamter, und von diesem Standpunkt aus muß ich die Vorlage ablehnen. Zunächst wird, was der Staatssekretär nicht bestritten hat, die Schädigung des Arbitragegeschäfts nicht ausbleiben. Dieses Geschäft wirkt nur ganz kleinen Gewinn ab. Im Arbitragegeschäft kommen auf jede Mark Stempelgebühr 4 Mark Depeschentkosten. Wenn man nun dieses Geschäft noch mehr belastet, so wird es unlohnend und fällt ganz fort, obgleich es gerade das solideste Geschäft ist. Ferner wird die Erhöhung der Steuer die Entwicklung des Berliner Bankgeschäfts auf Kosten der Provinz mit sich bringen. Der Bankier aus der Provinz wird nach Berlin ziehen müssen, um nicht so hohe Kosten zahlen zu müssen. Eine solche Entwicklung wird das ganze Kreditwesen aus der Provinz nach Berlin verschieben. Da derselbe Mann ja den Kredit für seine Kunden aus der Provinz vermittelt. Auch in Berlin selbst wird der kleine Bankier bei Seite geschoben und man bewirkt, daß 20 bis 30 große Leute den Kredit des ganzen Landes in der Hand haben. Eine ähnliche Gesetzgebung hat in

England eine Konzentration des Bankbetriebes in wenigen großen Händen bewirkt. Auch in politischer Beziehung wirkt die Belastung der Börse recht ungünstig, denn eine solche Belastung der deutschen Börse verrückt den wirtschaftlichen Einfluß in das Ausland, eine solche wirtschaftliche Verrückung hat aber auch eine politische Verschiebung zur Folge, und zwar ist dieselbe nach Frankreich hin zu befürchten. Wir wollen nur hoffen, damit dies nicht eintritt, daß auch in Frankreich die beabsichtigte Erhöhung der Börsensteuer nach dem Vorschlage Tirards durchgeführt wird. Die Parteien, die die Vorlage befürworten, schädigen sich selbst und werden in die Lage des Berliner Jungen kommen, der, als ihm die Finger froren, sagte: Das ist meinem Vater ganz recht, warum kauft er mir keine Handschuhe? (Heiterkeit und Beifall links.)

Abg. **Mehner** (links): Die konservative Partei hat es sich immer angelegen sein lassen die nach exotischem Muster überwuchernden Nester des mobilen Kapitals zu beschneiden. Sie hat diese Anschauungen oft in Initiativanträgen niedergelegt. Die Börsensteuer kann wohl erhöht werden, und es ist bedauerlich, daß es nicht schon früher geschehen ist. Aber bei der Verdoppelung der Steuerhöhe darf es nicht bleiben. Wir wollen die Einführung einer prozentualen Börsensteuer. Die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft behaupten, daß schon die jetzige Börsensteuer schädlich wirkt und suchen dies an dem Rückgang des Anleihegeschäfts an der Berliner Börse nachzuweisen. Aber das liegt nicht an der Steuer, sondern an der gegenwärtigen wirtschaftlichen Depression. Das Arbitragegeschäft kann nach der Konstitution des Gesetzes geringer belastet werden, so daß es also die Last auszuhalten im Stande ist. Die Arbitrage ist auch nicht immer so legitim, wie uns glauben zu machen versucht wird. Die Schätzung der kleinen Provinzialbankiers liegt nicht an der prozentualen Besteuerung, sondern daran, daß die großen Berliner Institute immer mehr Filialen in den Provinzstädten errichten, es liegt an der Resse, die Berliner Banken in allen Blättern veröffentlichen. Sie (links) haben früher einen Untergang des Bankverkehrs prophezeit, und Ihre Prophezeiungen haben sich nicht erfüllt. So wird es auch heute kommen. Man prophezeite damals eine allgemeine Auswanderung der Kapitalisten. Sie ist nicht eingetreten. Allerdings hat auch eine Einwanderung fremder Kapitalisten in höherem Maße nicht stattgefunden. Aber das deutsche Volk sieht die Einwanderung so fremder Elemente nicht gern. Es ist eine Forderung der Gerechtigkeit, daß das mobile Kapital gegenüber dem überlasteten Grundbesitz in ebenso hohem Maße zur Steuer herangezogen werde. Die neuesten Resultate der preussischen Einkommensteuer zeigen ja, daß das Schwergewicht der Kapitalkraft vom Grundbesitz auf Handel und Gewerbe verrückt ist. Das Publikum wendet sich nicht gegen die Stempelsteuer, sondern gegen die Manipulationen der Bankiers. Vor allem sollten die Zeitgeschäfte, wie dies in anderen Ländern geschieht, höher besteuert werden. Frankreich ist zu beglückwünschen, daß es durch die neue Börsensteuer der Herrschaft in Levy-Cremieux-Aron, der, wie sich jetzt herausstellt, ein Aron aus Frankfurt a. M. ist, entgegentritt. Wie viel bei Bankgeschäften verdient wird, hat der Prozeß gegen den Bankbeamten Koch gezeigt, indem es sich herausstellte, daß der Bankier, der die Spekulationsgeschäfte vermittelte, 20 000 Mark verdiente und nur 2000 M. Steuern dafür bezahlte. Für diesen Mann wären doch 11 200 000 M. nicht zu hoch. Warum wird denn den Lotterieleuten ein so hoher Steuerbeitrag aufgebürdet? Dabel ist doch das Lotterielepiel noch ein ehliches Spiel, (Heiterkeit.) Die Börse aber bewegt sich auf unsolidem Boden. Sie hat es durch ihre Manipulationen dahin gebracht, daß die kleineren Leute ihre Ersparnisse in exotischen Werthen angelegt und verloren haben. Das deutsche Kapital hat in den letzten Jahren in ausländischen Anlagen weit mehr verloren als zur Durchführung der Heeresreform notwendig ist. Bei solcher Sachlage wäre eine Erhöhung der Einkommensteuer angebracht, die unter Umständen einen Betrag von 70 Millionen ergeben kann. Im Wolfe würde man es nicht verstehen, wenn man alle anderen Bevölkerungsschichten höher zu Steuern heranzieht, dagegen die Börse frei läßt. Die Börse erfreut sich keiner Sympathie, im Gegentheil der größten Abneigung und Verachtung. Schon das Wort Börse ist symptomatisch. Der frühere Abg. Kaiser sagte einmal „Börse“ kommt von bursa, und bursa heißt abgezogenes Fell (Heiterkeit). Hätte man von vornherein gesagt, die Börse trägt die Lasten der Börsensteuer, so wäre die Sympathie für die Heeresreform weit stärker als sie jetzt ist (Lachen links). Die Börse sollte Einkauf halten und gegenüber ihren internationalen Verpflichtungen auch sich ihrer nationalen Verpflichtungen erinnern. (Beifall rechts.)

Abg. **Singer** (S.-D.): Der Vorredner hat sich mit seinen Ausführungen des Postens eines Reichsschatzsekretärs würdig gemacht. Wenn die Börse 1870 sich nicht gerade patriotisch gezeigt hat, so kommt das daher, daß der Patriotismus der Bourgeoisie nur bis an und nicht bis in den Beutel reicht. Aber der Vorredner hat kein Recht zu solchem Vorwurf, da 1863 gewisse sächsische Kreise in ihrem grünweißen Patriotismus auch nicht weiter gegangen sind. Wenn wir gegen die Börsensteuer stimmen, so geschieht es lediglich in Rücksicht auf die Verwendungszwecke, denn dem jetzigen System des Militarismus geben wir keinen Groschen. Der Vorredner ist nicht sachverständig, Herr Siemens überrascht ihn eifelturmartig an. S. A. kenntlich. Die Zentrums- und konservative Presse eifert nur deswegen so sehr gegen die Börse, um die Aufmerksamkeit des armen Volkes abzuwenden von dem schamlosen Kornwucher, den die Agrarier treiben. Bravo! bei den Sozialdemokraten. Die Börse ist ein notwendiges Produkt der heutigen Gesellschaftsordnung, genau so wie Schienenstrahl und Zuhälterthum. Besserung ist nicht durch Börsensteuer sondern durch Aenderung der Gesellschaftsordnung möglich. Nicht gegen die Börse muß das Publikum geschützt werden, sondern gegen die Maagnaten der Börse, die die Kurie machen. Herr v. Kardorff wird als Spielmittel die Einführung der Silberwährung anpreisen. Aber das nützt nichts. Die Börsenquotekommission soll Vorschläge zur Besserung der Zustände machen. Die Anträge, die einige Herren über die Besänneigung der Auswüchse der Börse gestellt haben, kamen mir recht komisch vor. Die Herren, die die Anträge gestellt haben, wissen doch ganz genau, wie es gemacht wird und hätten doch sofort Vorschläge machen können. Herr Hammacher ist

ja nicht unerfahren in Gründen, Herr Dschelhauser schmückt viel Aufsichtsräthe und Herr v. Kardorff ist nicht unbewandert im Spiritusterminhandel. (Heiterkeit.) Neulich hat sich Herr v. Frege sehr ungünstig über die Juden ausgesprochen. Sein Stammhaus, das Bankhaus Frege, Meyer u. Comp. ist nicht von solchen Anschauungen ausgegangen. Dasselbe hat gerade im Verkehr mit polnischen Juden, die zur Messe nach Leipzig kamen, seine Reichthümer erworben. Seine Deutsche war „non olet“. Ich weiß nicht, welchen Spruch Herr v. Frege in seinem Wappen führt. (Heiterkeit.) Nach Allem, was vorgekommen ist, dürfte es nicht „noblesse oblige“ sein. (Heiterkeit.) Alle Anträge auf Erhöhung der Steuer werden nichts nützen, es wird doch weiter gejobbert werden, und zwar von denjenigen Parteien zu allererst, die sich als Verfechter der Sittlichkeit aufspielen und in die Verurtheilung der Börse so lange einstimmen, so lange die Mitglieder ihrer Klasse davon nicht betroffen sind. Hier im Reich will man die Spielwuth eindämmen, in Preußen fördert man sie gerade; man vermehrt die Lotterieleute, hat man irgendwo Bedürfnisse, so veranstaltet man eine Lotterie, z. B. die Schloßfreilottelotterie. Gekleidet bekommen wir jetzt auch eine Antinosthandlotterie. (Heiterkeit.) Wenn ich den Auspruch des Ministers Maybach anwenden soll, so muß man den Giftbaum ausrodern und den Augiasstall gründlich reinigen. Mit dem Mitteln der Erhöhung der Börsensteuer erreichen Sie nichts. Der Terminhandel ist unentbehrlich, namentlich wegen der dadurch bewirkten Vertheilung der Konsumartikel. Die Herren Agrarier, die selber stark an der Börse spekuliren, wollen den Terminhandel verbieten aus Konkurrenzneid, um selber unter sich den Preis für Getreide und Spiritus bestimmen zu können. Wir sind der Beseitigung der Auswüchse im Spekulationsgeschäft sehr geneigt. Ich empfehle dem Staatssekretär ein Verbot der Reportgeschäfte. Die Bankiers müssen ebenso wie öffentliche Fund- und Leihhäuser einer Kontrolle unterworfen werden, damit sie nicht einseitig die Bestimmungen hinsichtlich des Börsenverkehrs regeln und das Depotwesen mehr im Interesse ihrer Kunden verwalten. Ruhige Kursstürze sind gerade bei denjenigen Papieren erfolgt, die von großen Berliner Bankfirmen eingeführt wurden. Diese Firmen wußten, daß die betreffenden Unternehmungen schlecht standen. Die Prospekte waren natürlich günstig abgefaßt. Wie es gemacht wird, zeigt die Gründung der Submer-Hutfabrik, die noch nicht den zwanzigsten Theil dessen werth war, was dafür gegeben wurde. Alle diese Gründungen sind von den Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft geprüft worden. Man sieht, wie viel diese Prüfung werth ist. Wunderbar ist das aber nicht, denn die meisten dieser Gesellschaften sind ja von Aeltesten der Kaufmannschaft geründet worden. Gegen diese Ausbeutung hilft kein Gesetz, der Kapitalismus findet immer ein Loch. Die heutige Diskussion wird keinen Erfolg haben. Sie jalviren sich nur mit Ihrem Gewissen, um den Wählern etwas vorreden zu können. Wir streuen nicht Sand in die Augen. Unsere Verurtheilung der Börse ist nicht stärker als die Verurtheilung der heutigen bürgerlichen Gesellschaft. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Dr. v. Marquardsen** (nl.): Bei der Dringlichkeit der vermehrten Ausgaben für die Landesverteidigung, wie sie uns vorgelegt wurde, konnte man der Regierung nicht zumuthen, ganz neue Wege zu gehen, um die Mittel zu finden. Sie mußte sich darauf beschränken, bisherige Steuern zu erhöhen. Das Arbitragegeschäft wird allerdings geschädigt werden, aber im Großen und Ganzen wird die Börsensteuer von den bemittelten Klassen getragen. Die Börsensteuer ist eine Ergänzungssteuer zu den beiden anderen vorgeschlagenen Steuern, die die unbemittelten Klassen treffen; sie entspricht einer Forderung der Gerechtigkeit.

Darauf verlegt sich das Haus. Persönlich verwahrt sich Abg. **v. Kardorff** gegen den Vorwurf, Spiritustermingeschäfte gemacht zu haben. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Rechnungssachen, Fortsetzung der heutigen Beratung.) Schluß 4 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

18. Sitzung vom 19. Januar, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.) Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung des Antrages des Grafen Kanitz, betr. den **Ausbau der Sekundärbahnen**.

Abg. **Graf Kanitz** (kons.): Bei der Einbringung des Etats wurde uns angefaßt, der Finanzlage eine Einschränkung des Baues von Sekundärbahnen in Aussicht gestellt. Angesichts der wirtschaftlichen Depression dürfte am wenigsten an denjenigen Dingen gespart werden, die zur Belebung des Verkehrs, zur Hebung der Industrie dienen. Wenn der größte Arbeitgeber, der Staat, in seiner Unternehmungslust sich zurückhaltend zeigt, wie soll man da von Privatunternehmern ein solches Interesse verlangen? Es handelt sich ja nicht um unproduktive Ausgaben. Aus den Geschäftsberichten unserer größten eisenindustriellen Etablissements geht hervor, daß der Ertrag derselben sehr gering ist und die Vertheilung einer Dividende verhindert. Die Preise für Stahlmaschinen sind heruntergegangen und stehen auf derselben Höhe wie vor 20 Jahren die Hohensteinstühle. Für die Industrie ist die Situation unerträglich, und auch die Handelsverträge haben zur Besserung des Zustandes keineswegs beigetragen. Wenn man den Eisenbahnbau einschränkt, so verwickelt man den Zustand und gefährdet allgemeine Interessen. Ich bitte daher, meinen Antrag anzunehmen. (Beifall rechts.)

Es nahamminister **Thielen**: Es finden zwischen den beteiligten Ressorts Verhandlungen statt, in welchem Umfang eine Vorlage über den Ausbau der Sekundärbahnen gemacht werden soll. Aber nicht bloß die finanzielle Lage ist bestimmend für den Umfang, sondern auch der Umstand, wie weit die Projekte für einzelne befristete Eisenbahnbauten geblieben sind. Wir besorgen den Grundriss, die Projekte zunächst nach der technischen Seite, sowie auf die Kosten zu prüfen, bevor eine Vorlage kommt. Die Verhandlungen werden im nächsten Monat abgeschlossen sein, worauf Ihnen eine

Vorlage zugehen wird, allerdings von geringerem Umfang als im Vorjahre. Aber es ist dabei zu bedenken, daß der Staatsregierung noch 240 Millionen Kredite für Eisenbahnzwecke zur Verfügung stehen. Bisher sind für solche Zwecke durchschnittlich 20 Millionen jedes Semesters ausgegeben worden. Im Frühjahr wird die allgemeine Bauverwaltung eine regere Thätigkeit entwickeln können, sowohl bezüglich der Kanal- wie der Eisenbahnbauten, und viele Arbeiter werden beschäftigt werden. Außerdem wird in dieser Zeit mit dem Bau einiger Kleinbahnen vorgegangen werden, die bereits koncessionirt sind. So macht sich aus diesen Gründen schon jetzt ein Aufschwung in der Industrie geltend. Mit den Eisenwalzwerken ist ein Abkommen getroffen worden, wonach sie alle Lieferungen zum Preise von 111 Mark bis zum 1. April 1894 übernehmen. Was die Geiern vom Abg. Cynern gethanen Aeußerungen über die Mehrforderung von hölzernen Schwellen anbelangt, so ist richtig, daß dieselben zum größeren Theile aus dem Auslande bezogen werden und daß eiserne Schwellen an sich nicht viel theurer sind. Aber die eiserne Schwellen fordern höhere Kosten für die Befestigung an die Schienen und für die Unterbettung, sie sind also nur zu verwenden bei vorzüglichem Fundament; ein solches finden wir aber nur in einem kleinen Theile der Monarchie. Die Verwendung von eisernen Querschwellen kann daher nur ausnahmsweise erfolgen. Ueber die Verwendung von eisernen Querschwellen läßt sich heute ein definitives Urtheil noch nicht fällen. Wenn ich alle Momente zusammenfasse, so meine ich, daß Land kann mit Ruhe der weiteren Entwicklung des Eisenbahnwesens entgegensehen.

Abg. Dr. **Vieher** (Ztr.): Der Antrag geht nach den Erläuterungen des Grafen Kanitz dahin, daß in dem bisherigen Umfang ohne Rücksicht auf die Finanzlage weiter gegangen wird. Die bereits bewilligten Kredite gehen über 300 Millionen hinaus. Es wäre interessant zu erfahren, wie viel von dieser Summe bereits 1893/94 ausgegeben werden soll. Die Betriebe dürfen nicht mit massenhaften Bestellungen überhäuft werden, damit nicht ein Anreiz gegeben werde, die Betriebe zu vermehren oder gar neue Betriebe zu gründen. In der Lage würden wir uns befinden, wenn wir dem Antrage Folge gäben, daß nicht nur in raschem Tempo die bewilligten Mittel aufgebraucht werden, sondern daß auch weitere Mittel bewilligt werden. Die heutigen Erklärungen des Ministers werden dazu dienen, jede etwa vorhandene Beunruhigung zu beseitigen. Wir wollen uns enthalten, unserm von den besten Absichten befehlten Finanzminister Prügel zwischen die Beine zu werfen. Deshalb bitte ich um die Ablehnung des unnötigen und gefährlichen Antrags. (Beifall.)

Abg. **Schöller** (Hf.) bittet um weiteren Ausbau des Eisenbahnnetzes in Schlesien. Finanzminister **Dr. Miquel**: Auch ohne Neubewilligungen hat die Verwaltung Mittel genug, um in vollem Umfang den Eisenbahnbau aufrecht zu erhalten. Für das Jahr 1893/94 ist in Aussicht genommen die Verwendung von 170 Millionen. Daraus ergibt sich, daß der Antrag Kanitz in der nächsten Zeit gar keinen Einfluß auf die Beschäftigung der Industrie hat. Wir haben seit 1880 durchschnittlich jährlich 11 700 000 Mark ausgegeben. Davon entfallen auf Beschaffung von Betriebsmitteln im Ganzen 152 Millionen. (Hört, hört!) Der Staat kann und will sich der Aufgabe nicht entziehen, Nebenbahnen zu bauen. Das unmittelbare Eingreifen des Staats wird sich aber wegen Theilnahme der Privatunternehmen vermeiden. Deshalb gebe ich dem Grafen Kanitz anheim, seinen Antrag nach den Erklärungen der Regierung zurückzuziehen.

Abg. Dr. **Sattler** (ntl.): Daß der Staat im Bau der Eisenbahnen weiter vorgehen muß, ist für mich und meine Freunde klar; denn ganze Gegenden entbehren noch der Bahnen. Ich beantrage, den Antrag an die Budgetkommission zu verweisen.

Minister **Dielen**: Die Bauverwaltung beabsichtigt, in ein sehr arbeitsreiches Jahr einzutreten. Das beweist der Umstand, daß für den Dortmund-Emskanal 24, für Verbesserung der Ober 9, für Requirung der Weichsel und Rogat 5 Millionen im Etat 1893/94 angesetzt sind. Auch die Thätigkeit der Eisenbahnverwaltung ist sehr rege gewesen.

Abg. Dr. **Gerlich** (Hf.): Der Bau der Sekundärbahnen ist sehr zurückgegangen. Auch das Kleinbahngesetz hat, gerade in den ärmeren Gegenden, sehr wenig gewirkt. Ich bitte den Minister, im Interesse der Kultur diese Gegenden mit Bahnen zu bedenken. Die Wirkung der Handelsverträge ist die gewesen, daß die Landwirtschaft Schaden, die Industrie keinen Nutzen gehabt hat.

Abg. Frhr. v. **Seereman** (Ztr.): Ich freue mich, daß der Antrag eingebracht ist. Seine Verhandlung wird jedenfalls die Beunruhigung im Lande beseitigen und die Verwaltung dahin beeinflussen, daß sie nicht allzu sehr die Finanzlage in den Vordergrund schiebt. Ich bin stets dabei, die Eisenbahn-Industrie zu unterstützen, aber aus Rücksicht auf sie, den Eisenbahnbau fördern, geht zu weit. Auch ich bitte den Grafen Kanitz seinen Antrag zurückzuziehen.

Abg. Graf **Vimbura** (Strom) (son.): Unser Staatsbahnenetz ist so entwickelt, daß der Staat eigentlich Herr des Verkehrs ist. Privatbahnen können mit ihm nicht konkurriren. Es ist deshalb nöthig, daß der Staat weitere Bahnen baut, und wo das nicht angeht, Subventionen bewilligt. Aus meiner Gegend habe ich Klagen gehört, daß die Eisenbahnbaumeister etwas großartig sind. Sie geben Löhne, welche das Ortsbildliche um 70 Prozent übersteigen, und verderben dadurch die landwirtschaftlichen Löhne der Gegend.

Abg. **Nickert** (Ztr.): Wir können auf eine Theilnahme an der Diskussion verzichten und alles Weitere bis auf die Verhandlung der Sekundärbahnvorlage verschieben.

Abg. Graf **Kanitz** zieht seinen Antrag zurück.

Es folgt die zweite Verathung kleinerer Etats. Beim Domänenetat führt

Abg. Frhr. v. **Grffa** (son.) Klage über die schlechte Lage der Landwirtschaft. Ein Beweis dafür sei der Rückgang der Domänenpächter. Auch die Mietselber Berlins trügen nur noch 1,42 Proz. Man werde doch nicht sagen, daß auch Berlin schlechte Buchführung habe. Die Landwirtschaft könne sich nicht durch Entlassung der Arbeiter helfen, wie die Industrie. Jeder Wirtschaftswechsel bringe große Kosten mit sich. Deshalb sei auch große Beunruhigung in der Landwirtschaft entstanden in Folge von Gerüchten über einen deutschen Handelsvertrag mit Rußland und Rumänien. Diese Beunruhigung sei um so größer als beim deutsch-österreichischen Handelsvertrag die Landwirtschaft nicht gehört worden sei. Ein Handelsvertrag mit Rumänien würde die Gefahr mit sich bringen, daß das russische Getreide zu noch billigeren Preisen importirt würde. Weiter sei das Gerücht verbreitet, daß mit Rußland eine Viehseuchenkonvention abgeschlossen werden solle unter denselben Bedingungen, wie die österreichisch-russische Konvention enthalte. Ueber die Maul- und Klauenseuche wolle er (Redner) nicht sprechen, weil das ein anderer zu seiner Domäne gemacht habe. (Große Heiterkeit.) Die freisinnige Partei hat weder Interesse noch Verständnis für die Landwirtschaft. So enthalte die „Freisinnige Zeitung“ vom 9. Dezember 1892 den Satz, die Landwirtschaft sei jetzt so weit vorgeschritten, daß sie auch den ärmeren Boden so zu düngen versteht, daß Zuckerrüben, welche nach früherer Ansicht nur in schwerem Boden gedeihen konnten, jetzt auch auf leichtem Boden wachsen. (Heiterkeit rechts.) Sie lachen darüber, aber die Sache hat ihre ernste Bedeutung, wenn in einer Partei, die mit berufen ist, die Interessen der Landwirtschaft zu vertreten, solch offenkundiger Unsinn geschrieben wird. Der große Mann, der die Zeitung herausgibt — ob er den Artikel geschrieben hat, weiß ich nicht — weiß noch nicht, daß Zuckerrüben auf sandigem Boden überhaupt nicht

gebaut werden können. Ich lese sehr gern Biographien großer Männer. So habe ich auch die „Jugendgedenken“ gelesen, in denen ja viel Selbsterleuchtung enthalten ist, aber nach der Lektüre ist mir klar geworden, daß der Herr nichts von der Landwirtschaft verstehen kann, weil er sich immer in Städten aufgehalten hat. Ich habe eine große Achtung vor seinem Verstand, vor seinem Wissen in parlamentarischen Dingen, aber ich glaube, es hätte ihm nichts geschadet, wenn er einmal zwei Jahre Inspektor oder Verwalter gewesen wäre. (Heiterkeit.) Es ist bekannt geworden, daß eine Enquete veranstaltet worden ist über die Brotpresse. Bezeichnend ist, daß die Freisinnigen die Bölle befestigen wollen, aber darauf, daß dem Konsumenten das Brot verbilligt werden soll, achten sie nicht. Es wäre interessant, das Ergebnis dieser Enquete kennen zu lernen. Möge recht bald eine offizielle Erklärung über die Absichten der Regierung erlassen werden, damit Beunruhigung unter den Landwirthen entsteht. (Beifall rechts.)

Abg. Graf **Strachwitz** (Ztr.) führt gleichfalls den Nothstand der Landwirtschaft auf die Maßnahmen der Regierung zurück. Im Vordergrund des Interesses stehe die Maul- und Klauenseuche. Dieser unheimliche Gift weisse bereits seit zwölf Jahren in unseren Mauern und richte sehr bedeutenden Schaden an. Die Regierung trage der Seuche gegenüber dieselbe Verantwortung, wie der Magistrat der Stadt Hamburg bei der Cholera zu tragen hatte. Die niedrigen Getreidepreise seien nicht bloß Folge der Handelsverträge. Viel größeren Einfluß auf die Preisbildung habe die Börse. Dort werde sechs Mal mehr Getreide verkauft als vorhanden sei. Gebe es denn kein Mittel, diesem Unwesen entgegenzutreten? Viel Anzuchtbeideit erzeuge unter den Landwirthen auch die Ausführung des sogenannten Klebegesetzes. Die Wahl Abwardts sei ein Ausdruck der allgemeinen Mißstimmung gegen die Ueberwucherung des Großkapitals, dessen Interessen mehr als je das Land beherickschten. Möge die Regierung Alles thun, damit das nöthige Getreide im Inlande gebaut werden kann.

Abg. v. **Kröcher** (son.): Allein die Provinz Hannover hat aus Domänenpächtern einen Ueberfluß geliefert. Aber auch dort zählen nur vier Domänen mehr als den doppelten Grundsteuer-Reinertrag als Pacht. Wo sollen dann unsere Bauern hinkommen, die zu drei Vierteln des Grundstückswertes verschuldet sind? Herr Rickert meint, wir sollten nur gut Buch führen, dann würden wir schon gute Ernten machen. (Heiterkeit.) Er führt uns das Beispiel des Herrn Siemens an, der auf den Morgen 50 Zentner Kartoffeln geerntet habe. Das ist eine ganz mäßige Ernte! (Abg. Rickert: Leichter Boden! Stürmische Heiterkeit.) Herr Rickert scheint nicht zu wissen, daß Kartoffeln auf leichtem Boden im Allgemeinen besser wachsen, als auf schwerem. (Erneute Heiterkeit.) Buch führen ist ja ganz gut für den Landwirth, aber seine Einnahmen verdoppelt er dabei nicht. Man spricht von der guten Ernte des vorigen Jahres. Die Futterernte und die Hackfruchternte ist durchaus nicht glänzend gewesen. 1000 Gramm Korn kosten 14 Pf., 900 Gramm Brot 40 Pf. Ich frage, sind 200 Prozent ein erlaubter Zwischen Gewinn? Daß Handel und Wandel darnieder liegen, ist einfach Folge der Handelsverträge. Die Verantwortung für dieselben trägt der Reichstag und der Landwirtschaftsminister. Wäre er entschledener dagegen aufgetreten, dann hätten wir entweder keine Handelsverträge oder nicht diesen Minister.

Landwirtschaftsminister **v. Seyden**: Ich erkläre ein für allemal, daß ich mein Amt übernahm, obwohl ich die schwebenden Handelsvertragsverhandlungen kannte und die Opfer, welche die Landwirtschaft tragen sollte. (Hört, hört! rechts.) Ich hatte die positive Ueberzeugung, daß die Landwirtschaft durch die Handelsverträge nicht in dem Maße geschädigt wird, wie es von der Rechten dargestellt wird. (Unruhe rechts.) Daß es der Landwirtschaft schlecht geht, kann ich als Landwirth nicht leugnen, kann auch Niemand leugnen. Von der Viehseuchenkonvention, welche zwischen Oesterreich und Rußland besteht, haben wir keinen Schaden. Eine ähnliche Konvention Deutschlands mit Rußland halte ich persönlich für ausgeschlossen. Was nun die Verschärfung der veterinärpolizeilichen Vorschriften betrifft, so hat ja ohnehin die Landwirtschaft schwer darunter zu leiden. Sollte hier jedoch eine Verschärfung gewünscht werden, dann wird darüber verhandelt werden können. Ein Viehseuchengesetz wird demnächst dem Reichstag zugehen.

Danach verlegt sich das Haus auf Sonnabend 11 Uhr. (Stat.) Schluß 3¹/₂ Uhr.

Deutschland.

□ **Berlin**, 19. Jan. Ob die Zahl der Abgeordneten im Reichstagsaal heute oder gestern die kleinere war, darüber wurde heute im Foyer und auf den Tribünen ein bißchen gestritten. Genauer ließ sich nicht feststellen, weil die Diener in der Statistik der Hutzählung von einander abwichen. Aber klein, erschreckend klein war die Zahl jedenfalls am einen wie am anderen Tage. 30 oder 40, wenn es hoch kommt, 50 Abgeordnete sitzen in verstreuten Gruppen im öben Saale, der so noch öder erscheint, und am Bundesrathstisch gähnt dieselbe Leere. Unter solchen Aeußerlichkeiten werden dann die wichtigsten Gesehenswürde berathen, heute der Börsensteuerentwurf. Man hat nicht viel zu hören bekommen, was man nicht auch früher schon gehört hat. Am leichtesten machte es sich Herr v. Malzahn. Auch sehr gering bemessene Ansprüche an finanzpolitische Weisheit mußten vor dieser Rede hoffnungslos werden. Was hat Herr von Malzahn gesagt? Weil die weniger bemittelten Klassen, die Konsumenten von Bier und Branntwein, besteuert werden sollen, darum erfordert es die ausgleichende Gerechtigkeit, daß auch die Börse herangeholt wird. Weiter: das Börsengeschäft liegt zwar darnieder, aber in dreiviertel Jahren, wo das Gesez ja erst in Kraft treten soll, wird es sich gebessert haben. Warum? Herr von Malzahn mag es wissen, aber dann hätte er es auch sagen sollen. Er hat es nicht gesagt, und so steht man mit verblüfftem Zweifel vor einer der werthlosesten Prophezeiungen. Beweise liebt der Schatzsekretär augenscheinlich gar nicht. Er behauptet mit derselben Sicherheit, daß die Verdoppelung der Börsensteuersätze wirklich auch eine Verdoppelung der Erträge bringen wird, und daß das Arbitragegeschäft durch die Steuer kaum leiden wird. Wieder fragt man nach dem Warum, aber nur die Behauptung hört man und nicht eine Spur von Begründung. Es ist ja etwas mißlich, eine Börsensteuer schärfer zu kritisieren. Kann etwas giebt es, was weithin populärer ist, als das frische Zugreifen gegenüber der Börse, die eine Unsumme von Haß auf sich vereinigt hat. Aber Geseze wie diese Malzahnsche Börsensteuer mit ihrem mechanischen Zuschnitt, mit ihrer Augenblicksmache müßten auch dann verurtheilt werden, wenn sie einem allgemein gebilligten und wirklich billigenwerthen Zwecke dienen sollen. Der Gesezgeber hat die Pflicht,

einer möglichst tiefen Erfassung und möglichst lebendigen Durchbringung seines Stoffs. Wer es sich so leicht macht, wie Herr von Malzahn, der wird sich nicht wundern dürfen, wenn er auf den Erfolg vergeblich wartet. Wie sich die Parteien zur Börsensteuer vorlage wirklich stellen werden, darüber hat die heutige Verhandlung kaum hinreichende Klarheit verbreitet. Man hat außer Herrn von Malzahn und den Abgg. Siemens und v. Marquardsen nur noch zwei richtige Brandreden zu hören bekommen, die des konservativen Abgeordneten Mehnert und die des Herrn Singer. Welche von den beiden mehr nach Pech und Schwefel roch, ist schwer zu entscheiden. Aber geredet wurde vom einen wie vom anderen etwa nach dem Grundsatz: „Haust Du meinen Juden, haue ich Deinen Agrarier,“ oder auch umgekehrt. Soviel Böses, wie die Börse sich von diesen beiden erbitterten Gemüthern sagen lassen mußte, ist in den Zeitraum eines Sitzungstages kaum jemals zusammengepreßt worden. Es zeigt sich, daß man gegen die Börse die kräftigste, manchmal auch berechtigteste Abneigung empfinden kann, ohne viel von ihren Lebensbedingungen zu verstehen. Auf die Redner der Freisinnigen und der Nationalliberalen, namentlich auf Herrn Siemens trifft das selbstverständlich nicht zu. Aber das Schicksal der Vorlage wird indeffen nicht die mehr oder weniger sachliche Prüfung entscheiden, sondern die Entscheidung liegt allein innerhalb der Frage, was aus der Heeresreform wird. — Die Konservativen hatten es heute nicht bloß im Reichstage, sondern auch im Abgeordnetenhaus mit der Wirtschaftsordnung zu thun, bei der sie, nach ihrer Meinung, so übel wegkommen. Im Reichstag ging es gegen die Börse, im Abgeordnetenhaus, beim Domänenetat, gegen die Handelsverträge. Wenn es nach den Agrariern, die sich da vernehmen ließen, allein ginge, dann könnte sich die Regierung die Vertragsverhandlungen mit Rußland sparen. Zum Glück werden solche Verträge aber nicht von den Erwählten des Dreiklassenwahlsystems, sondern von denen des vielgeschmähten Reichswahlrechts beurtheilt und angenommen.

— Der Bundesrath hat in seiner heutigen Plenarsitzung dem Ausschußbericht über den Gesezentwurf zur Ergänzung der Geseze, betreffend die Postdampfschiffahrtsverbindungen mit überseeischen Ländern zugestimmt und den Ausschußbericht über den Gesezentwurf, betreffend die Feststellung des Landeshaushaltsetats für Elsaß-Lothringen genehmigt.

— Die Stadtvorordneten-Versammlung in Berlin nahm in der heutigen Sitzung den Antrag des Nothstands-Ausschusses, den Magistrat zu ersuchen, alle bisher von der Versammlung genehmigten Arbeiten energisch in Angriff zu nehmen, mit großer Majorität an, ferner zu erwägen, ob nicht zwecks durchgreifender Straßenreinigung das Arbeiterpersonal vermehrt werden könne.

Mannheim, 19. Jan. Wie man dem „B. T.“ von hier meldet, sprach der ultramontane Reichstagsabgeordnete **Vender** in der Zentrumsversammlung die Hoffnung aus, daß der Konflikt wegen der Militärvorlage angesichts der ersten Lage vermieden werde, da ein solcher Konflikt im Auslande einen sehr ungünstigen Eindruck machen und unsere wirtschaftliche Lage schädigen würde. Die Regierung und der Reichstag müßten eine Einigung erzielen, einerseits müsse um der Sicherheit des Vaterlandes willen das Nothwendige bewilligt, andererseits auf die finanzielle Leistungsfähigkeit des Volkes Rücksicht genommen werden.

Parlamentarische Nachrichten.

W. T. B. Berlin, 19. Jan. Die Budget-Kommission des Reichstages erledigte heute das Extraordinarium des Reichspostetats, trich von den geforderten Postneubauten diejenigen für Berleberg, Pillau, Schneidemühl, Greifswald, Danzig, Forst, Elberfeld, Mühlheim a. Rhein und Sagan, bewilligte die für den Erweiterungsbau des Reichspostamtes, sowie zur Erweiterung eines Grundstücks in Berlin geforderten Summen und genehmigte ferner den Etat der Reichsdruckeret.

Kleinere militärische Mittheilungen.

(Von unserem militärischen Mitarbeiter.)
M Innerhalb der französischen Kavallerie haben im Laufe dieses Herbstes zwei bemerkenswerthe Distanzritte stattgefunden. Der eine wurde in Algier ausgeführt, wo ein Offizier vom 1. Regimente der Chasseurs d'Afrique in 42 Stunden die Strecke von Blidah bis Vaghat, eine Entfernung von 397 Kilometer zurücklegte. Er brachte 34 Stunden 35 Minuten im Sattel zu, 7 Stunden 25 Minuten der Ruhe gewidmet. Der Ritt wurde indeffen nicht mit einem Pferde ausgeführt, sondern mit unterlegten Pferden, von denen einzelne allerdings vollständig rohe Thiere (Märpferde) gewesen sein sollen. Den zweiten Ritt führte ein Dragoneroffizier zwischen Sedan und Reims aus. Er legte den Weg hin und her mit einem eigenen achtjährigen aus der Remonte stammenden Dienstpferde zurück. Die Gesamtstrecke beträgt 208 Kilometer; auf 11,55 Kilometer kam, da 18 Stunden geritten, 5 Stunden geruht war, eine Stunde; die Gangarten waren Schritt und Trab; das Gewicht des Reiters 90 Kilogramm. Das Pferd ging am Morgen nach dem Ritt gerade so frisch, wie wenn es nur seine gewöhnliche Arbeit gethan hätte.

Aus dem Gerichtssaal.

B. C. Berlin, 18. Jan. Das wandelbare juristische und das ewig gleichbleibende unveränderliche menschliche Gefühl-Recht befinden sich leider nur zu oft noch in scharfen Gegensätzen. Einem Kommentar dazu dürfte auch der nachstehende Prozeß geben, welcher sich dieser Tage vor dem Kammergericht abspielte. Der demselben zu Grunde liegende Thatbestand ist in Kürze folgender: Am 9. September 1890 gab der Kaufmann Bruno Gläfer zu Schönfließ, der sich in der Nähe dieses Ortes auf der Jagd befand, auf dem 25. Schritt von ihm entfernt auf einem Feldweg gehenden Händler Beyerndorf, mit dem er schon lange vorher in Feindschaft gelebt hatte, vorfänglich einen scharfen Schuß ab. Beyerndorf, von einer größeren Anzahl Schrote an den Oberschenkeln getroffen, brach sofort zusammen und verstarb, nachdem er große Schmerzen ausgedauert, 16 Tage darauf. Der ihn bis zu seinem Tode behandelnde Sachverständige, Dr. Lorenzenzski, gab sein Gutachten dahin ab, daß die Verwundung in mittelbarem Zusammenhange mit dem Tode des B. stehe. Derselbe habe bei

jedem Verbandwechsel große Schmerzen auszustehen gehabt und danach stets mit Schweiß bedeckt erschöpft dagelegen. Reichte man zu diesen Erregungen die Herzensangst, die er vor und während des Verbandwechsels zu übersehen hatte, die Entkräftigung durch das 16tägige Krankenlager und das mehrwöchige Fieber im Anfange des Krankenlagers, so dränge sich die Ueberzeugung auf, daß alle diese Momente in ihrer Gesamtheit erschöpfend auf das Herz eingewirkt und eine Lähmung dieses an und für sich schon mit einem Fehler behafteten Organes herbeigeführt haben. Zwei andere Aerzte gelangten auf Grund des Obduktionsbefundes zu der Ansicht, daß nicht der Schrotschuß, sondern ein Herzfehler Ursache des Todes des B. gewesen sei, und dieser Ansicht neigte sich auch das Medizinalkollegium der Provinz Brandenburg auf Grund des Obduktionsbefundes mit dem Bemerkten zu, daß es nicht hinreichend erwiesen sei, daß der tödliche Ausgong durch die Körperverletzung begünstigt sei. Der gegen den p. Gläser eingeleitete Strafprozeß, welcher ergab, daß Gläser nach einem kurzen Wortwechsel auf den ganz unbewaffneten wehrlosen Bebersdorf vorzüglich geschossen hatte, endete mit der milden Verurteilung des Gläser zu 3 Monaten Gefängnis wegen vorsätzlicher Körperverletzung. Als er hierauf von der hinterbliebenen Wittve und der unmündigen Tochter des Bebersdorf wegen Kur- und Heilungskosten, sowie einer Rente von 22 M. 50 Pf. monatlich für die Wittve und Erziehungskosten in Höhe von 12 M. monatlich für die Tochter und anderweitigen kleinen Leistungen in Anspruch genommen wurde, beantragte er unter Hinweis auf die letzterwähnten Gutachten und unter der Behauptung, daß die durch ihn verursachte Verwundung gar nicht Ursache des Todes des B. gewesen sei, Abweisung der Klage, indem er sich nur zur Bezahlung der Kurkosten in Höhe von etwa 103 M. und der Transportkosten mit 1 M. 50 Pf. verstand. Das Landgericht zu Landsberg a. W. gelangte auf Grund des erwähnten Gutachtens des Medizinal-Kollegiums zu der Ansicht, daß dem Beklagten weder mittel- noch unmittelbar der Tod des B. zur Last gelegt werden könne. Mit dieser Feststellung fälle aber der klägerische Anspruch auf die Begräbniskosten, die Trauer- und Einsegnungskosten, die Renten u. s. es kommen nur der Anspruch auf die Kur- und Heilungskosten in Frage. Dieselben habe der Kläger in erwähnter Höhe begehrt. Das Kammergericht hat diese Entscheidung bestätigt, und es fragt sich nur, ob nicht das Reichsgericht aus dem geschilderten Sachverhalt zu einer anderen Auffassung gelangt. Wegen Armut kann die Klägerin die Revision nicht selbst einlegen, und es ist erforderlich, daß ihr vom Reichsgericht erst das Armenrecht bewilligt wird. Hoffentlich tritt diese Bewilligung ein, damit diese tieftraurige Angelegenheit auch noch an höchster juristischer Stelle geprüft werde.

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 19. Jan. Im Bahnhof von Groschowitz fuhr ein Güterzug auf einen Rangirzug auf; die Lokomotive des letzteren und mehrere Wagen des Güterzuges wurden stark beschädigt. — Die durch die Schneeverwehungen auf der Strecke Deutsch-Rasselwitz-Leobschütz und durch die Zugentgleisung auf der Oderbrücke bei Steinau hervorgerufenen Verkehrshemmnisse sind beendet worden.

Erfurt, 19. Januar. (Ausführlichere Meldung.) Das königliche Eisenbahn-Betriebsamt macht bekannt: Eilgüterzug 623 ist am 18. Januar Abends 11¹/₂ Uhr auf den im Bahnhof Neudietendorf haltenden Güterzug 519 aufgefahren. Leicht verletzt sind zusammen fünf Lokomotiv- und Zugbeamte, zwei Lokomotiven und 9 Wagen sind entgleist und zum Theil stark beschädigt. Verkehr auf Strecke Halle-Rassel wurde durch den Unfall nicht gestört, dagegen ist Hauptgleis Neudietendorf-Nitschenhausen voraussichtlich bis 19. Januar Nachmittags gesperrt. Personen-Verkehr wird jedoch für letztere Linie durch Umsteigen aufrecht erhalten. Als Ursache des Unfalles ist nach den angestellten Untersuchungen die Nichtbeachtung des Bahnhofsabschluß-Signals seitens des Lokomotivführers vom Zuge 623 zu bezeichnen.

Halle a. d. Saale, 19. Jan. Der „Saale Ztg.“ zufolge ist Geheimrath Koch behufs Vornahme von Untersuchungen wegen der in Mittelleben aufgetretenen Choleraepidemie hier eingetroffen.

Karlsruhe, 19. Jan. Hof-Kapellmeister Vincenz Lachner ist vom Schlagfluß getroffen worden; sein Zustand ist Besorgniß erregend.

Prag, 19. Jan. Bei den Gemeindevahlen in der Prager Vorstadt Karolinenthal siegten die Altzechen.

Wetzlar, 19. Jan. In der heutigen Budgetdebatte des Abgeordnetenhauses erklärte der Minister des Innern, Hieronymi, daß, um die Einwanderung russischer Juden und anderer Ausländer und deren Niederlassung auf ungünstigem Gebiete zu verhindern, die Handhabung der Gemeindeordnung genüge. Die Auswanderung nach Amerika könne nicht durch Gewaltmaßregeln, sondern nur durch die Aufklärung des Volkes hintangehalten werden.

Kopenhagen, 19. Jan. Der Eisbrecher „Mjölnir“ ging heute Morgen von Nyborg ab, erreichte den Eisrand bei Halskov-Øde (Seeland) und landete 200 Passagiere und 250 Köpfe, darunter die Auslandspost vom Dienstag und Mittwoch. Ob der „Mjölnir“ zurückkehren kann, da der Eisgang im Großen Belt begonnen hat, ist zweifelhaft.

Rom, 18. Jan. Der „Tribuna“ zufolge wurde bei der staatlichen Revision aller Emissionsinstitute der Metallschatz in vollkommener Ordnung gefunden. Man konstatierte bei der Banca Romana einen die gesetzliche Höhe weit übersteigenden Notenumlauf doch sei dies nicht mittelst betrügerischer Duplikate, sondern in ganz regelrechter Form geschehen. Ferner habe man bei der Banca Romana Umstände festgestellt, welche auf Unregelmäßigkeiten hindeuteten, die zwar nicht gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoßen, aber auch nicht von einer guten Verwaltung zeugten. Es würde sich im Ganzen um 40 Millionen Lire handeln, welche auf dem Spiele stehen.

Rom, 19. Jan. Die Verhaftung des Gouverneurs und des Kassirers der „Banca Romana“ verursachte keinerlei Unruhe, da die normale Liquidation der Bank durch die Nationalbank sichergestellt ist. Auch die Börse war bei Beginn fest. In den Wohnungen des verhafteten Gouverneurs und des Kassirers der Bank fanden Hausdurchsuchungen statt.

Rom, 19. Jan. Die „Banca Romana“ hatte einen Notenumlauf von 73 Millionen angekündigt, während der wirkliche Notenumlauf 135 Millionen betrug; es sind daher 62 Millionen mehr in Umlauf gesetzt gewesen, als gesetzlich zulässig war.

Rom, 19. Jan. Die „Agenzia Stefani“ veröffentlicht folgende Mittheilung: Nachdem alle erforderlichen Schritte für die Gründung eines neuen Emissionsinstituts, das die Interessen der Inhaber von Papieren der Banca Romana wahrnehmen soll, geschehen sind, und nachdem die Lage der Aktionäre dieser Bank festgestellt ist, ist von dem Ergebnis der von der Regierung bei der Banca Romana vorgenommenen Revision der zuständigen Gerichtsbehörde Mittheilung gemacht worden. Daraufhin sind, wie bereits gemeldet, heute Vormittag der Gouverneur dieser Bank Tanlongo und der Kassirer Lazzaroni verhaftet worden.

Paris, 18. Jan. [Panama-Untersuchungs-Kommission.] Im weiteren Verlaufe der heutigen Sitzung wurde Clémenceau vernommen. Derselbe erklärte, er habe niemals eine schriftliche Mittheilung, von welcher der Beamte des Bankhauses Bropper gesprochen, erhalten, und Reinach habe zu ihm niemals etwas von einer ähnlichen Note gesprochen. Der gedachte Beamte wurde nochmals vorgelesen, hielt aber keine Erklärungen aufrecht. Derselbe soll morgen nochmals vernommen werden.

Dem „Journal des Débats“ zufolge entdeckte ein Polizeikommissar in dem Bankhause Offray, Rue Faubourg Poissonnière, 300 von Arton ausgestellte und von bekannten Persönlichkeiten quittirte Checks.

Paris, 18. Jan. Die Panama-Untersuchungs-Kommission der Deputirtenkammer vernahm heute einen Angestellten des Bankhauses Bropper, welcher behauptete, nach dem Diktat Reinachs eine Liste derjenigen Personen geschrieben zu haben, welche Panamagelder erhielten. Reinach habe, ihn auch eine Mittheilung zu Clémenceau tragen lassen und es sei dies dieselbe Mittheilung, die Andrieux der Kommission übergeben hat.

Paris, 18. Jan. [Deputirtenkammer.] Der Minister des Auswärtigen Develle erwiderte auf die von dem Deputirten Deloncle an ihn gerichtete Anfrage, er habe den Botschafter Waddington in London beauftragt, von der englischen Regierung Aufklärungen wegen des auf den Khebidive ausgeübten Druckes zu erbitten. Die französische Regierung werde mit der größten Aufmerksamkeit darüber wachen, daß keinerlei Angriff auf die Selbstständigkeit der ägyptischen Regierung gemacht werde. (Beifall.) Damit ist der Zwischenfall erledigt.

Paris, 19. Jan. [Deputirtenkammer.] Der Präsident theilte mit, daß Vaihaut sein Mandat als Deputirter niedergelegt habe; Die Kammer begann die Generaldebatte über das Budget für das Jahr 1893.

Der Senat begann die Berathung der von dem Justizminister Bourgeois eingebrachten Novelle zum Brechgesetz. Goblet sprach sich gegen den Entwurf aus, da derselbe unnütz sei. Der Berichterstatter der Kommission Trarieux verteidigte den Entwurf.

Paris, 19. Jan. Die in der gestrigen Sitzung der Enquetekommission betreffs Clémenceau's gemachten Enthüllungen erregen großes Aufsehen. Einzelne Blätter kündigen neuerliche bewegte Kammerdebatten und unvorhergesehene Wendungen in der Panama-Angelegenheit an. — Dem „Gaulois“ zufolge scheinen die Opportunisten die Ansicht zu haben, daß Clémenceau, falls er thatsächlich die Reinach'sche Liste erhalten habe, durch Uebergabe derselben an Herz eventuell eine politische Waffe gegen die Gemäßigten habe schmieden wollen. In der Liste sei kein Name eines Radikalen enthalten gewesen. Die beschlagnahmten, nach Hunderten zählenden Arton'schen Checks seien zu Gunsten von Politikern, Journalisten, Finanziers, sowie anderen Leuten der höheren Gesellschaft ausgestellt.

Paris, 19. Jan. Dem „Petit Journal“ zufolge ist gestern ein Vorführungsbefehl gegen Cornelius Herz erlassen worden. Dieser Befehl sei derart motivirt, daß die Auslieferung des Herz an die mit dem Mandat nach London abgereisten Agenten sofort erfolgen werde.

Gerüchtweise verlautet, die Entdeckung der 300 Arton'schen Checks werde eine zweite gerichtliche Untersuchung veranlassen, die getrennt von dem schwebenden Panama-Prozeß geführt werden sollte.

Paris, 19. Jan. Die Ankündigung von neuen Verhaftungen in der Panamaangelegenheit wird von gut unterrichteter Seite für unbegründet erklärt.

Der Ministerrath beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit der auswärtigen Lage und namentlich mit der ägyptischen Angelegenheit. Der Minister des Auswärtigen Develle theilte mit, daß die Ernennung von Niaz Pascha zum Ministerpräsidenten der Ausdruck eines zwischen den Kabinetten von Frankreich und England vereinbarten Vorgehens sei.

Madrid, 19. Jan. Der ehemalige Kammerpräsident Martos ist gestorben.

Amsterdam, 19. Jan. Nachdem schon in den letzten Tagen größere Trupps von beschäftigungslosen Arbeitern und Sozialisten sich in den Straßen angesammelt hatten, zog heute ein gegen 800 Mann zählender Trupp vor die Börse, um in dieselbe einzudringen. Eine Abtheilung Polizisten verhinderte das. Die Sozialisten entfalteten hierauf eine rothe Fahne, die Polizei ging mit der blanken Waffe vor und bemächtigte sich der Fahne. Bei dem Handgemenge wurde ein Polizist am Kopfe schwer verwundet. Der Träger der Fahne entkam. In anderen Stadttheilen kam es ebenfalls zu thätlichen Zusammenstößen zwischen Polizei und Sozialisten, welche sich zusammenschoben und in verschiedenen Bäckereien Brot verlangten.

London, 19. Jan. Dem „Daily Chronicle“ zufolge hat die Regierung die Errichtung eines Arbeitsdepartements beschlossen, welches sehr weitgehende Befugnisse besitzen und mit dem Handelsministerium verbunden werden soll.

London, 19. Jan. Wie das „Reutersche Bureau“ erfährt, hat der französische Botschafter Waddington, gemäß der ihm vom Minister des Auswärtigen Develle erteilten Instruktionen, gestern Lord Rosebery eine Note bezüglich der Intervention des englischen Gesandten Lord Cromer bei der letzten ägyptischen Ministerkrise überreicht. In der Note wird erklärt, daß Frankreich nicht gleichgiltig bleiben könne bei einem Akte, der den Zweck hätte, die Unabhängigkeit des Khebidive zu beeinträchtigen und die in Ägypten durch Verträge festgestellte Lage zu alteriren.

Bristol, 19. Jan. Der bekannte Führer der Arbeiterpartei Ben Tillet ist unter der Anlage, eine die Dockarbeiter von Bristol zum Aufbruch aufreizende Rede gehalten zu haben, heute von dem Gerichte vor die Assisen verwiesen worden.

Newyork, 19. Jan. Nach einer Meldung des „Newyork-Herald“ aus Balparaiso genehmigte die chilenische Kammer in geheimer Sitzung das zwischen Chile und Peru vereinbarte Protokoll, betreffend die Regelung der Ansprüche der peruanischen Korporation.

Paris, 20. Jan. Hauffonville veröffentlicht das Programm der orleanistischen Partei, worin er empfiehlt, alle konservativen Kräfte ohne Unterschied zu vereinigen. Die Regierungsform sei nicht in Diskussion zu stellen, jedenfalls müsse man sich organisiren für etwaige unvorhergesehene Fälle und für die Wahlen.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Januar 1893.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temperatur in Cels. Grad.
19. Nachm. 2	769,9	ND leicht	bedeckt	-10,7
19. Abends 9	769,7	Windstille	bedeckt	-9,5
20. Morgs. 7	766,0	S leiser Zug	bedeckt	-16,0

¹) Vormittags Schnee. ²) Abends Raubreif. ³) Raubreif.
Am 19. Jan. Wärme-Maximum — 9,5° Cels.
Am 19. „ Wärme-Minimum — 19,8° „

Produkten- und Börsenberichte.

Bonds-Kurse.

Breslau, 19. Jan. (Schlußkurse.) Behauptet. Neue 3proz. Reichsanleihe 86,50, 3¹/₂proz. L.-Pfandbr. 98,10, Koniol. Türken 21,15, Türk. Loose 89,50, 4proz. ung. Goldrente 96,70, Bresl. Diskontobank 96,00, Breslauer Wechselbank 96,00, Kreditaktien 174,50, Schles. Bankverein 111,25, Donnersmarkt 82,75, Flößer Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 114,00, Oberschles. Eisenbahn 47,35, Oberschles. Portland-Zement 71,25, Schles. Cement 117,50, Oppeln. Zement 88,50, Schl. D. Zement —, Kramsta 128,75, Schles. Zinkaktien 171,60, Laurahütte 94,20, Berzin. Delfabr. 88,00, Oesterreich. Banknoten 168,60, Russ. Banknoten 208,45, Oest. Cement 71,00.

Frankfurt a. M., 19. Jan. (Schlußkurse.) Fest. Vond. Wechsel 20,35, 4proz. Reichsanleihe 107,20, österr. Silberrente 82,90, 4¹/₂proz. Papierenrente 83,00, do. 4proz. Goldrente 98,50, 1860er Loose 129,10, 4proz. ung. Goldrente 96,60, Italiener 91,50, 1880er Rufen 96,70, 3. Orientanl. 66,70, unfr. Ägypter 99,70, lomb. Türken 21,15, 4proz. türk. Anl. 85,80, 3proz. port. Anl. 22,00, 5proz. serb. Rente 77,30, 5proz. amort. Rumänier 97,10, 5proz. toniol. Mexik. 77,60, Böhm. Westbahn 308³/₄, Böhm. Nordb. 159¹/₂, Franzosen —, Galizier 184¹/₂, Gotthardbahn 151,20, Lombarden 79¹/₂, Lübeck-Büchen 139,00, Nordwestbahn 179¹/₂, Kreditaktien 271¹/₂, Darmstädter 132,90, Mittelb. Kredit 95,90, Reichsb. 147,70, Disk. Kommandit 182,50, Dresdner Bank 138,80, Pariser Wechsel 81,116, Wiener Wechsel 168,72, serbische Tabakrente 77,20, Bochum. Gußstahl 116,30, Dortmund. Union 56,20, Harpener Bergwerk 127,20, Hibernia 108,00, 4proz. Spanier 61,10, Matuzer 110,30, Berliner Handelsgesellschaft —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 272, Disk.-Kommandit 182,60, Bochumer —.

Wien, 19. Jan. (Schlußkurse.) Nach sehr festem Beginn brühten Gewinn-Realisirungen und schwächerer Auswand. Unionbankaktien fest.

Deherr 4¹/₂proz. Papierr. 98,67¹/₂, do. 5proz. 100,80, do. Silber. 98,35, do. Goldrente 116,75, 4proz. ung. Goldrente 114,70, 5proz. do. Papieren. 100,90, Länderbank 237,00, österr. Kreditakt. 322,75, ungar. Kreditaktien 168,75, Wien. W.-B. 119,30, Elbethalbahn 229,00, Galizier 219,50, Lemberg-Gzerowitz 255,00, Lombarden 91,75, Nordwestbahn 213,00, Tabakakt. 167,50, Napoleons 9,61¹/₂, Marknoten 1,25, Russ. Banknoten 1,23¹/₂, Silbercoupons 100,00, Bulgarische Anleihe 111,00.

Nachbörse. Oesterr. Kreditaktien 323,25, Staatsbahn 295,35, österr. Goldrente —.

Paris, 19. Jan. (Schlußkurse.) Fest. 3proz. amort. Rente 97,17¹/₂, 4proz. Rente 96,22¹/₂, 4proz. Anl. —, Italien. 5proz. Rente 90,70, österr. Goldr. —, 4proz. ungar. Goldr. 95,68, 3. Orient-Anl. 67,10, 4proz. Russen 1889 97,00, 4proz. Ägypter 99,15, lomb. Türken 21,45, Türkenl. 88,00, Lombarden —, do. Priorit. —, Banque Ottomane 574,00, Panama 5proz. Obligat. —, Rio Tinto 398,75, Tab. Ottom. 358,00, Neue 3proz. Rente —, 4proz. Portugiesen 22,31, 4proz. Russen 78,25, Privatdiskont 2¹/₂.

London, 19. Jan. (Schlußkurse.) Fest. Engl. 2¹/₂proz. Consols 98¹/₂, Breuch. 4proz. Consols 105,00, Italien. 5proz. Rente 90¹/₂, Lombarden 8¹/₂, 4proz. 1889 Russen II. Serie) 97¹/₂, lomb. Türken 21¹/₂, österr. Silber. 81,00, österr. Goldrente 98, 4proz. ungar. Goldrente 95¹/₂, 4proz. Spanier 61¹/₂, 3¹/₂proz. Ägypter 98¹/₂, 4proz. unfr. Ägypter 98¹/₂, 4proz. gar. Ägypter —, 4¹/₂proz. Tribut-Anl. 97¹/₂, 6proz. Mexikaner 78, Ottomankont 12¹/₂, Suezaktien —, Canada Pacific 92¹/₂, De Beers neue 17¹/₂, Privatdiskont 1¹/₂. Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,51, Wien 12,20, Paris 25,30, Petersburg 24¹/₂.

Petersburg, 19. Jan. Wechsel auf London 97,35, Russ. II. Orientanl. 102, do. III. Orientanl. 103, do. Bank für ausw. Handel 286, Petersburger Diskontobank 477, Warschauer Diskontobank —, Petersb. Internat. Bank 439, Russ. 4¹/₂proz. Bodencredittpandbriefe 154¹/₂, Gr. Russ. Eisenbahn 252, Russ. Südwestbahn-Aktien 114.

Buenos-Ayres, 18. Jan. Goldagio 194,25
Rio de Janeiro, 18. Jan. Wechsel auf London 13¹/₂.

Produkten-Kurse.

Köln, 19. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen loco hiesiger 15,75, do. fremder loco 17,25, per März 16,85, per Mai —, Rogger hiesiger loco 14,75, fremder loco 15,75, per März 14,75, per Mai —, Hafer hiesiger loco 14,75, fremder —, Rübsöl loco 54,00, per Mai 52,00, per Okt. —, Wetter: Frost.

Bremen, 19. Januar. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleumbörse.) Fassollfrel. Fest. Loco 5,45 Br.

Baumwolle. Anziehend. Upland middl. loco 49¹/₂ Pf., Upland Bafis middl. nichts unter low middl. auf Terminklieferung per Jan. 49 Pf., p. Febr. 49¹/₂ Pf., p. März 49¹/₂ Pf., p. April 50 Pf., p. Mai 50¹/₂ Pf., p. Juni 50¹/₂ Pf.,

Schmalz. Sehr fest. Schafer — Pf., Wilcox — Pf., Choice Grocery 53 Pf., Armour 53 Pf., Robe u. Brother (pure) — Pf., Fatbank 46 Pf.

Speck. Sehr fest. Short clair middl. (schwimmend) 47, Januar-Februar-Abladung short clear middl. 47, long clear middl. 46. Wollf. 120 Ballen Umsatz.

Tabak. 89 Fässer Kentucky, 500 Baden St. Felix, 1600 Seronen Yara.

Bremen, 19. Jan. (Kurse des Effekten- und Makler-Berichts)

5proz. Nordb. W. Kammerei- und Kammgarn-Spinnerei-Aktien 150 Br., 5proz. Nordb. Nord-Aktien 95 1/2 Gd.

Hamburg, 19. Jan. Getreidemarkt. Weizen 1/2o ruhig, holländischer loco neuer 158-162. - Roggen loco ruhig, mecklenb. loco neuer 138-144. wärscher loco ruhig, transito 112-114 nom. - Hafer ruhig - Gerste ruhig. - Rübsöl unverz. still, loco 51. - Spiritus matt, per Januar 22 1/2 Br., per Januar-Februar 22 1/2 Br., pr. April-Mai 22 1/2 Br., per Mai-Juni 22 1/2 Br. - Kaffee fest, Umsatz 4500 Sack. - Petroleum loco ruhig, Standard white loco 5.20 Br., per Februar-März 5.15 Br. - Wetter: Frost.

Hamburg, 19. Jan. Kaffee. (Nachmittagsbericht). Good average Santos per Jan. 82 1/2, per März 81 1/2, per Mai 79 1/2, Sept. 80, p. Dez. - Behauptet.

Hamburg, 19. Jan. Zuckermarkt. Schlussbericht. Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg per Januar 14.25, März 14.22 1/2, per Mai 14.35, per Sept. 14.27 1/2, Flu. -

Paris, 19. Jan. Produktenmarkt. Weizen befestigt, per Frühjahr 7.47 Gd., 7.49 Br., per Herbst 7.60 Gd., 7.62 Br. Hafer per Kribsbr 5.46 Gd., 5.48 Br. Weizen per Mai-Juni 1893 4.71 Gd., 4.72 Br. Rohrzucker per August-Sept. 11.30 Gd., 11.40 Br. - Wetter: Mildere.

Paris, 19. Jan. Getreidemarkt. (Schluss). Weizen behauptet, p. Januar 22.40, p. Februar 22.40, p. März-April 22.70, p. März-Juni 22.70. - Roggen ruhig, per Januar 14.10, per März-Juni 14.60. - Mehl behauptet, per Januar 50.60, per Febr. 49.70, per März-April 49.60, p. März-Juni 49.60. - Rübsöl fest, p. Jan. 56.75, per Febr. 56.75, per März-April 57.50, p. März-Juni 57.75. - Spiritus behauptet, per Januar 47.25, p. Febr. 47.25, per März-April 47.25, p. Mai-August 47.25. - Wetter: Schnee.

Paris, 19. Jan. (Schluss). Rohrzucker ruhig, 88 Proz. loco 38.50. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3, per 100 Kilogramm per Jan. 40.75, per Februar 41.00, p. März-Juni 41.62 1/2, p. Mai-August 42.12 1/2.

Sabre, 19. Jan. (Telegr. der Hamb. Firma Belmann Ziegler u. Co.) Kaffee in New York schloß mit 15 Points Hauffe. Rio 5000 Sack, Santos 9000 Sack Rezetes für gestern.

Sabre, 19. Jan. (Telegr. der Hamb. Firma Belmann Ziegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, p. Jan. 112.00, p. März 101.75, per Mai 99.50. Behauptet.

Amsterdam, 19. Jan. Java-Kaffee good ordinary 56 1/2.

Amsterdam, 19. Jan. Bancazinn 55 1/2.

Amsterdam, 19. Jan. Getreidemarkt. Weizen per März 178, per Mai 179. - Roggen p. März 133, per Mai 131.

Antwerpen, 19. Jan. Petroleummarkt. (Schlussbericht). Raffinirtes Lade weiß loco 13 bez. u. Br., per Jan. 13 Br., per Febr.-März 13 1/2 Br., p. Sept.-Dez. 13 Br. Behauptet.

Antwerpen, 19. Jan. (Telegr. der Herren Wilkens und Comp.) Wolle. La Plata = Zug, Type B., per Februar 4.45, Sept. 4.65 Käufer.

Antwerpen, 18. Jan. Getreidemarkt. Weizen 1/4 niedriger. Roggen behauptet. Hafer steigend. Gerste behauptet.

London, 19. Jan. 96 pCt. Zuckerrohr loco 16 1/2 ruhig, Rüben-Rohrzucker loco 14 1/2 ruhig.

London, 19. Jan. An der Küste 2 Weizenladungen angeboten. - Wetter: Milde, wärmer.

London, 19. Jan. Gilt-Kupfer 45 1/2, per 3 Monat 46 1/2.

Glasgow, 19. Jan. Rohzucker. (Schluss) Mixed numbers marants 43 lb. 7 1/2 d.

Liverpool, 19. Jan. (Offizielle Notierungen.) Amerikaner good ordinary 4 1/2, do. low middling 5 1/2, Amerikaner middling 5 1/2, middling fair 5 1/2, Pernam fair 5 1/2, do. good fair 5 1/2, Ceara fair 5 1/2, do. good fair 5 1/2, Egyptian brown fair 5 1/2, fair 5 1/2, do. do. good 5 1/2, Peru rough fair -, do. do. good fair 6 1/2, do. do. good 6 1/2, do. fine 7 1/2, do. moder. rough fair 5 1/2, do. do. do. good fair 5 1/2, do. do. good 6 1/2, do. smooth fair 5 1/2, do. do. do. good fair 5 1/2, M. G. Broach good 5 1/2, do. fine

5 1/2, Dhollerah good 4 1/2, do. fully good 4 1/2, do. fine 4 1/2, Domra good 4 1/2, do. fully good 4 1/2, do. fine 4 1/2, Scinde good fair -, do. good 4 1/2, Bengal fully good 7 1/2, do. fine 4 1/2.

Liverpool, 19. Jan., Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle. Umsatz 7000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Stetig.

Wittdl. amerikan. Lieferungen: Januar-Febr. 5 1/2, Verkäuferpreis, März-April 5 1/2, do., Mai-Juni 5 1/2, Käuferpreis, Juli-August 5 1/2, d. do.

Liverpool, 19. Jan., Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 7000 Ball., davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Stetig.

Wittdl. amerikan. Lieferungen: Januar-Februar 5 1/2, Käuferpreis, Febr.-März 5 1/2, do., März-April 5 1/2, do., April-Mai 5 1/2, Werth, Mai-Juni 5 1/2, Verkäuferpreis, Juni-Juli 5 1/2, Käuferpreis, Juli-August 5 1/2, Werth, August-September 5 1/2, Käuferpreis.

New York, 18. Jan. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 9 1/2, do. in New-Orleans 9 1/2. Raff. Petroleum Standard white in New-York 5.35, do. Standard white in Philadelphia 5.25 Gd. Rohes Petroleum in New-York 5.35, do. Pipeline Certifikates, pr. Februar 53. Stetig. Schmalz loco 11.00, do. Rohe u. Brothrs 11.35 Zucker (fair refining Muscovad.) 3 1/2, Mais (New) p. Jan. 52 1/2, p. Febr. 52 1/2, p. Mai 53 1/2. Rother Winterweizen loco 81 1/2, Kaffee Rio Nr. 7, 17 1/2. Mehl (Spring clear) 3.00. Getreidefracht 1 1/2. - Kupfer 12.00-12.25. Rother Weizen pr. Jan. 79 1/2, per Febr. 80 1/2, per Mai 83 1/2, per Juli 84 1/2. Kaffee Nr. 7 low ord. p. Febr. 16.55, p. April 16.25.

Chicago, 18. Jan. Weizen per Januar 75 1/2, per Mai 81 1/2, Mais per Januar 42 1/2. Speck short clear -, Port per Januar 17.80.

New York, 19. Jan. Weizen pr. Jan. 79 1/2 C., pr. Februar 79 1/2 C.

Berlin, 20. Jan. Wetter: Starker Frost.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 19. Jan. Die heutige Börse eröffnete in ziemlich fester Haltung und mit behaupteten oder etwas besseren Kursen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten nicht unangütig, boten aber besondere geschäftliche Anregung nicht dar. Hier entwickelte sich das Geschäft im allgemeinen ruhig, und die Grundtendenz der Börse ermattete bald im Laufe des Verkehrs. Der Kapitalmarkt erwies sich ziemlich fest für heimische solide Anlagen bei mäßigen Umsätzen. Deutsche Reichs- und preussische konsolidirte Anleihen zeigten sich bei regerer Nachfrage sehr fest, namentlich stellten sich die 3 Proz. Anleihen und 4 Proz. Reichsanleihe höher. Eisenbahn-Prioritäten waren gleichfalls fest und zum Theil lebhafter. Fremde, festen Zins tragende Papiere gleichfalls fest, aber ruhig. Der Privatdiskont wurde mit 1 1/2 Prozent notirt. Bankaktien gingen nach höheren Anfangsnennungen auf ihr gestriges Schlussniveau zurück, Diskont-Kommanditistenheile verloren 1/2 Proz.; auch österreichische Kreditaktien nach weiterer Eröffnung abgeschwächt. Inländische und nahezu sämtliche fremde Eisenbahnaktien waren billiger angeboten und blieben meist sehr still bis auf Warschau-Wiener Eisenbahn, die bei bedeutenden Verkäufen 3.50 Proz. verloren. Schiffahrtsaktien stellten sich ebenfalls infolge von Realisationen etwa 1.50 Proz. niedriger. Eisen- und Kohlenaktien blieben bei besserer Nachfrage ziemlich, fremde Anleihen sehr fest. Bald nach 1 Uhr befestigte sich, ausgehend von einer Rubelnotenhauffe (+ 1.75 M. gegen gestern), die Gesamtmarktendenz und die im Verlauf eingetretenen Kursermäßigungen wurden fast überall, namentlich aber für Banken, mehr als ausgeglichen. Schiffahrtsaktien zeigten sich befestigt, Warschau-Wiener Eisenbahnaktien unbedeutend erholt. Der Gesamtmarkt schloß 2 Uhr auf Tagesrealisationen leicht abgeschwächt.

Produkten-Börse.

Berlin, 19. Jan. In Folge der anhaltend schwachen Ten-

denz des New Yorker Marktes war auch die hiesige Getreidebörse heute bei sehr stillem Geschäft eher matter. Dazu kommt, daß die Börse allgemein an eine baldige Aenderung des Wetters glaubt. Weizen und Roggen gaben um eine Kleinigkeit nach. Hafer in fester Haltung bei geringen Umsätzen. Roggenmehl letzte billiger ein, war später aber theilweise erholt. Rübsöl fest bei einigem Geschäft. In Spiritus kamen nur wenige Umsätze vor, die Preise büßten bei schwacher Haltung 10 Pf. ein.

Weizen (mit Ausschluß von Raubweizen) per 1000 Kilo. Loco still. Termine etwas niedriger. Gefündigt - 100. Ründigungspreis - M. Loco 145-163 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 154 M., per diesen Monat -, per März-April -, per April-Mai 158.5-158.25-159-158.75 bez., per Mai-Juni 160 bis 160.5-160.25 bez., per Juni-Juli 161.5-161.25-161.75 bez., per Juli-August -.

Roggen per 1000 Kilo. Loco wenig Angebot. Termine wenig verändert bei stillem Geschäft. Gefündigt 50 Tonnen Ründigungspreis 138 M. Loco 128-138 M. nach Qual. Lieferungsqualität 135 M., inländischer guter 136-137 M., per diesen Monat 133 bez., per Jan.-Febr. -, per März-April -, per April-Mai 139.75-139.5-140 bez., per Mai-Juni 140.75-140.5-141 bez., per Juni-Juli 141.25-141 bez.

Gerste per 1000 Kilogramm. Geringe Kauflust. Große und kleine 138 bis 172. Futtergerste 115-135 M. nach Qualität.

Hafer per 1000 Kilogramm. Loco unverändert. Termine geschäftslos. Gefündigt - Tonnen. Ründigungspreis - M. Loco 135-160 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 140 M. Boman mittel bis guter 137-142 bez., feiner 143-148 bez., preussischer mittel bis guter 135-142, feiner 143-148 bez., schlesischer mittel bis guter 138-143 bez., feiner 144-149 bez., per diesen Monat 142 M., per Januar-Februar -, per April-Mai 140.75 bez., per Mai-Juni 141.5 M., per Juni-Juli 142.75 bez.

Mais per 1000 Kilo. Loco sehr fest. Termine fest. Gefündigt - Tonnen. Ründigungspreis - M. Loco 125-136 M. nach Qual., per diesen Monat 126.75 bez., per April-Mai 113 M., per Mai-Juni -, per Juni-Juli -.

Erbsen p. 1000 Kilo. Loco 160-205 M. nach Qual., Futterware 132-150 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sack. Termine schließen fest. Gefündigt - Sack. Ründigungspr. - M., per diesen Monat und per Jan.-Febr. 18.25-18.3 bez., per Febr.-März -, per April-Mai 18.45-18.5 bez.

Rübsöl per 100 Kilo. mit Faß. Behauptet. Gef. - Br. Ründigungspreis - M. Loco mit Faß -, ohne Faß -, per diesen Monat - M., per April-Mai 49.7 bez., per Mai-Juni 49.7 M.

Petroleum ohne Handel.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sack per diesen Monat 18.50 Br. - Feuchte Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sack per diesen Monat 10 M.

Kartoffelmehl per 100 Kilo brutto incl. Sack. Per diesen Monat 18.50 Br.

Spiritusk mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Br. à 100 Proz. = 10000 Proz. nach Tralles. Gefündigt -, Ründigungspreis - M. Loco ohne Faß 52.1 bez.

Spiritusk mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10000 Proz. nach Tralles. Gefündigt - Br. Ründigungspreis - M. Loco ohne Faß 32.6 bez.

Spiritusk mit 50 M. Ohne Handel.

Spiritusk mit 70 M. Verbrauchsabgabe still. Gefündigt - Liter. Ründigungspr. - M. Loco mit Faß -, per diesen Monat 31.7 bez., per Jan.-Febr. 31.7 bez., per März-April -, per April-Mai 32.9-32.7-32.8 bez., per Mai-Juni 33-32.9-33.1 bez., per Juni-Juli -, per Juli-August -, per August-September 34.8 bis 34.6-34.7 bez.

Weizenmehl Nr. 00 22.5-20.5 bez., Nr. 0 20.25-18.00 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 18.5-17.75 bez., do. feine Marken Nr. 0 u. 1 19.5-18.5 bez., Nr. 0 1.50 M. höher als Nr. 0 u. ar 100 Kilo. Br. incl. Sack.

Feste Unrechnung: 1 Livre Sterling = 21 M. 1 Doll. = 4 1/2 M. 100 Rub. = 320 M. 1 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden holl. W. = 1 M. 70 Pf. 1 Franco oder 1 Lira oder 1 P. seta = 80 Pf

Table with multiple columns listing various financial instruments, exchange rates, and market data. Includes sections for Bank-Diskonto, Ansländische Fonds, Eisenbahn-Stamm-Aktien, Eisenbahn-Prioritäts-Obligat., Hypotheken-Certifikate, and Industrie-Papiere.